

FREIHEIT ist, Verantwortung.



Erfolgsbilanz 2009 - 2011

Inhalt

04 Bildung
Freiraum lassen.

08 Kultur
Güter schützen.

09 Energie
Erneuerbare fördern.

11 Verkehr
Freie Wege schaffen.

13 Wirtschaft
Wachstum generieren.

16 Finanzen
Schulden abbauen.

20 Kommunales
Kommunen stärken.

22 Gesundheit
Versorgung sichern.

25 Arbeit
Chancen eröffnen.

26 Soziales
Für Gerechtigkeit sorgen.

28 Innen & Recht
Sicherheit garantieren.

31 Umwelt
Schutz vorantreiben.

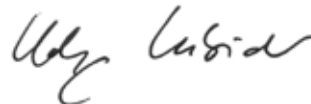
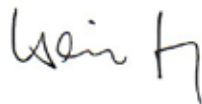
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

„FREIHEIT ist...“ lautet das Motto der Zwei-Jahres-Bilanz der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinschen Landtag. Seit Sie, die Schleswig-Holsteiner, uns vor zwei Jahren in die Regierung gewählt haben, hat sich im Land vieles positiv entwickelt.

FREIHEIT ist beispielsweise, dem Elternwillen mehr Raum zu geben. Dies haben wir mit dem neuen Schulgesetz getan. FREIHEIT ist aber auch, kommende Generationen vor noch mehr Schulden zu bewahren. Deshalb hat sich die FDP Schleswig-Holstein für die Schuldenbremse stark gemacht und mit der Konsolidierung des Haushaltes begonnen.

Dies sind nur zwei Beispiele von vielen weiteren, die Ihnen in dieser Bilanz vorgestellt werden. Um Ihnen aufzuzeigen, wie die Liberalen das Land voran gebracht haben, beschreiben wir anhand von 24 Beispielen, was „FREIHEIT ist...“.

Viel Spaß bei der Lektüre wünschen Ihnen



FREIHEIT ist, ...

... Freiraum
zu geben.

- Wahlfreiheit geschaffen
- Eigenverantwortung gestärkt
- Passgenaues schulisches Angebot eingerichtet



Cornelia Conrad, Mdl.
Bildungspolitische Sprecherin

FREIHEIT ist, dem Elternwillen mehr Raum zu geben. Seit dem Schuljahr 2011/12 ist in Schleswig-Holstein das Abitur an Gymnasien auch wieder nach 13 Schuljahren möglich. Die Wahlfreiheit zwischen einem Abitur nach acht (G8) oder nach neun gymnasialen Jahren (G9) war ein zentraler bildungspolitischer Punkt des Landtagswahlprogramms der schleswig-holsteinischen FDP.

Mit der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 wird den vielfältig geäußerten Protesten gegen die überbordende zeitliche Belastung für Schülerinnen und Schüler bei G8 Rechnung getragen.

Eigenverantwortung stärken

Nicht nur bei der Entscheidung über das G8- oder G9-Angebot bei den Gymnasien, sondern auch bei der Wahlfreiheit über die Art der Differenzierung bei Regional- und Gemeinschaftsschulen haben die Liberalen mit dem Schulgesetz die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt.

Hiermit haben die Schulen viel mehr als zuvor die Chance, ihr schulisches Angebot passgenauer auf die jeweiligen regionalen Gegebenheiten einzustellen.

B
I
L
D
U
N
G

Verzicht auf prophylaktische Prüfungen

Die Lehrerinnen und Lehrer wurden in erheblichem Maße von überflüssigen Prüfungsaufgaben entlastet. Die mit erheblichem Bürokratieaufwand verbundenen so genannten „prophylaktischen Prüfungen“ zum Erwerb des Haupt- und Realschulabschlusses sind größtenteils entfallen.

Weniger Bürokratie – mehr Handlungsfreiheiten

Ergänzt wurde die schulgesetzliche Novellierung durch Maßnahmen, die den Schulen vor Ort weitere Handlungsfreiheiten einräumen. So können die Schulen – in Abstimmung mit dem Bildungsministerium – über den neu eingerichteten Online-Stellenmarkt freie Lehrerstellen eigenverantwortlich ausschreiben, Auswahlgespräche führen und Besetzungsentscheidungen treffen.

Online-Stellenmarkt eingerichtet

Die Einrichtung eines Online-Stellenmarktes erleichtert nicht nur die Arbeit der Schulen, sondern gestattet auch potentiellen Bewerbern, sich mit weniger bürokratischem Aufwand, papierlos und interaktiv auf freie Stellen in Schleswig-Holstein zu bewerben.

FREIHEIT ist, ...

... eigenverantwortlich
zu handeln.

- von Aufgaben entlastet
- Handlungsfreiheit erreicht
- Bürokratie abgebaut



Foto: Rafa Irusta/ shutterstock.com

FREIHEIT ist, ...

... Unterstützung
zu geben.

- Schulsozialarbeit erstmalig im Doppelhaushalt
- 2,5 Mio. Euro bereitgestellt
- Unterricht verbessert



FREIHEIT ist, Schulen Unterstützung bei Erziehungskonflikten zu geben. Vor dem Hintergrund sich ständig verändernder gesellschaftlicher und sozialer Bedingungen stehen unsere Schulen vor wachsenden Herausforderungen. In den Doppelhaushalt 2011/12 wurde daher auf Initiative der FDP erstmalig in der Geschichte Schleswig-Holsteins ein Haushaltsposten für Schulsozialarbeit aufgenommen.

Bis 2012 stehen insgesamt 2,5 Mio. Euro aus Landesmitteln für diese Aufgabe an Grundschulen zur Verfügung. Hiermit können die betroffenen Schulen neben ihrem regulären Unterricht ihre allgemeinen sozialen und pädagogischen Kompetenzen stärken.

Qualität sichern – Bedingungen verbessern

Um eine gute Qualität des Unterrichts zu gewährleisten, benötigen die Schulen in Schleswig-Holstein mehr sozialpädagogische Unterstützung. Gerade an Grundschulen ist dies notwendig, um Erziehungskonflikten und Verhaltensproblemen einzelner Schüler frühzeitig entgegenzuwirken. Durch die neu eingestellten Landesmittel für Schulsozialarbeit wurden die Unterrichtsbedingungen insgesamt verbessert.

FREIHEIT ist, Räume zur Entfaltung zu eröffnen. Die FDP hat sich zum Ziel gesetzt, Kinder bestmöglich auf den weiteren Lebensweg vorzubereiten. Damit dies geschehen kann, hat die Koalition die Landeszuwendungen im Bereich der Kindertagesstätten trotz der allgemeinen Konsolidierungsnotwendigkeit deutlich erhöht.

Mehr Geld für Kinderbetreuung

Die Landesmittel für die Ü3-Betreuung wurden von 60 auf 70 Mio. Euro und im U3-Bereich (Krippenausbau) von 13,44 auf 23,52 Mio. Euro heraufgesetzt. Zugleich wurden die Mittel für den Ausbau der Betreuung der Unter-Dreijährigen von vormals geplanten 46 auf 60 Mio. Euro erhöht. Und erstmals hat die Koalition auf Initiative der FDP einen neuen Haushaltstitel für den Übergang von der KiTa zur Grundschule geschaffen.

Verantwortung für die Zukunft unseres Landes

In den ersten Lebensjahren eines Menschen ist die Neugier groß und der Wissensdurst fast unstillbar. Dieses Potenzial wollen wir mit diesen Maßnahmen fördern. Wir tragen Verantwortung für die Zukunft unseres Landes, denn wir sind uns bewusst, dass in den ersten Lebensjahren die entscheidenden Weichen für unsere Kinder gestellt werden.

FREIHEIT ist, ...

... sich entfalten
zu können.

- Landeszuwendungen erhöht
- Betreuung gesichert
- Weichen gestellt

Cornelia Conrad, MdL
Bildungspolitische Sprecherin

„Bildung ist ein Grundrecht, das alle Menschen - ungeachtet von Herkunft oder Einkommen - einfordern können. Nur indem wir gute Bildungschancen garantieren, bringen wir Freiheit, Demokratie und wirtschaftlichen Erfolg in Einklang.“

FREIHEIT ist, ...

... Kultur
zu schützen.

- Kulturelles Erbe geschützt
- Private Interessen berücksichtigt
- Ausgleich geschaffen



Kirstin Funke, MdL
Kulturpolitische Sprecherin

FREIHEIT ist, einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Denkmalschutz und den Interessen der Eigentümer zu schaffen. Die von der FDP vorangetriebene Novelle des Denkmalschutzgesetzes sieht beispielsweise vor, dass eine Unterschutzstellung von Gebäuden, die nach 1950 errichtet wurden, eines „zweiten Blickes“ durch das Bildungsministerium bedarf.

Schwierigkeiten abgewogen - Anforderungen erfüllt

So gab es in der Vergangenheit bei öffentlichen Bauten immer wieder Schwierigkeiten der Betroffenen, praktischen Bedürfnissen einerseits und den Anforderungen des Denkmalschutzes andererseits gerecht zu werden. Hier ist eine Abwägung zu treffen, die das Kulturministerium leisten kann. Zugleich werden energetische Modernisierungsmaßnahmen an eingetragenen Denkmalen durch die Novelle leichter möglich.

Für den Schutz des kulturellen Erbes

Der Schutz des kulturellen Erbes ist uns wichtig. Daher haben wir bei der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes Regelungen für einen sachgerechten Umgang mit dem UNESCO-Weltkulturerbe geschaffen. Zudem wurde in der Novelle ein neuer Straftatbestand geschaffen, um illegalen Ausgrabungen entgegenzuwirken.

FREIHEIT ist, Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle im Bereich der Erneuerbaren Energien auszubauen. Schon weit vor den Ereignissen in Fukushima und der Neuausrichtung der Energiepolitik in Deutschland hat die schwarzgelbe Koalition in Schleswig-Holstein den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangebracht.

Mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Windeignungsflächen
Im Jahr 2010 haben wir die Windeignungsflächen in Schleswig-Holstein auf 1,5 Prozent der Landesfläche erweitert, um mehr Raum für neue Anlagen zu schaffen und das Repowering alter Anlagen zu fördern. Die dafür benötigte Regionalplanung wird noch vor Ablauf der Wahlperiode abgeschlossen sein und damit Planungssicherheit für Investoren in Schleswig-Holstein bringen. Um vernünftige Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie zu schaffen, wurde 2011 der Windkrafterlass überarbeitet. Wir haben die Verringerung der Abstände zu Wäldern und Gewässern erster Ordnung gefordert und umgesetzt.

Damit der aus Windenergie erzeugte Strom an starken Windtagen in Zukunft nicht verloren geht, ist ein verstärkter Ausbau von Energiespeichern notwendig. Wir haben mit der Änderung des Oberflächenwasserentnahmegesetzes die Nutzung von Pumpspeicherkraftwerken wieder wirtschaftlich gemacht.

FREIHEIT ist, ...

... Erneuerbare Energien
zu fördern.

- Mehr Raum für neue Anlagen
- Planungssicherheit geben
- Ausbau von Energiespeichern fördern



Oliver Kumbartzky, MdL
Energiepolitischer Sprecher



FREIHEIT ist
Bewegung.



FREIHEIT ist, Schleswig-Holsteins Wasserstraßen für die Zukunft zu rüsten. Der Nord-Ostsee-Kanal ist die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt, ein wirtschaftlicher Motor für Schleswig-Holstein und von besonderer Bedeutung für den Hamburger Hafen.

Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals

Um auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals zu sichern, ist nicht nur der Ausbau des Kanals entscheidend, sondern auch der Bau einer fünften Schleusenkammer und die Renovierung der alten Schleuse in Brunsbüttel. Die Vorbereitung für den Bau der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel ist bereits seit einigen Jahren abgeschlossen. Doch bis jetzt waren keine finanziellen Mittel im Bundeshaushalt dafür vorgesehen. Das haben wir geändert!

Zukunft des Kanals gesichert

Nach vielen Verhandlungen wird nun auf Druck unserer Koalition der Haushalt des Bundesverkehrsministeriums aufgestockt werden. Diese neuen finanziellen Mittel sind für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und den Bau der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel vorgesehen. Damit ist die Zukunft eines der wichtigsten Transportwege Schleswig-Holsteins gesichert.

FREIHEIT ist, ...

... für freie Wege
zu sorgen.

- Ausbau des NOK
- Renovierung der Schleuse in Brunsbüttel
- Zukunft des wichtigsten Transportweges gesichert

Oliver Kumbartzky, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

„Der Schifffahrt müssen ständig zwei große Schleusenkammern in Brunsbüttel zur Verfügung stehen. Die großen Kammern müssen nacheinander grundsanziert werden.“

FREIHEIT ist ...

... Bewegung.

- Westküste an Hamburg angeschlossen
- Westliche Elbquerung voran getrieben
- Akzeptanz der Festen Fehmarnbelt-Querung erhöht

Oliver Kumbartzky, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

„Eine gute Infrastruktur ist die Voraussetzung für eine nachhaltige, positive Wirtschaftsentwicklung. Die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen sowie die Bewältigung des Pendlerverkehrs sind nur mit einem guten Straßen- und Schienennetz möglich.“

FREIHEIT ist, Schleswig-Holsteins Verkehrswege fit für die Zukunft zu machen. Die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein ist von früheren Regierungen stark vernachlässigt worden, viele große Projekte wurden nicht umgesetzt.

Straßenausbau vorangetrieben

Unsere Koalition hat in den vergangenen zwei Jahren die für Schleswig-Holstein wichtigen Infrastrukturprojekte weiter vorgebracht. Im Jahr 2013 wird der Lückenschluss der A23 abgeschlossen sein. Damit wird die Anbindung der Westküste an die Metropolregion Hamburg gestärkt. Weiter wurden die Planungsabschnitte beim Bau der A20 mit westlicher Elbquerung angestoßen. Der sechsspurige Ausbau der A7 bis Bordesholm ist ebenso in der Vorbereitung wie der Ausbau der B404 zur A21.

Dialogforum zur Festen Fehmarnbelt-Querung installiert

Die FDP steht zur Festen Fehmarnbelt-Querung. Bei der Umsetzung des größten Projektes in Schleswig-Holstein konnten Erfolge erzielt werden. Um die Bevölkerung und Verbände in die Planung einzubeziehen, wurde ein Dialogforum eingerichtet, damit die Hinterlandanbindung von Beginn an eine breite Akzeptanz erfährt. Des Weiteren wurde die Finanzierung der Hinterlandanbindung durch den Bund zugesichert.

V
E
R
K
E
H
R

FREIHEIT ist, wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Unter früheren Regierungen wurden der wirtschaftlichen Entwicklung durch starke restriktive Maßnahmen in der Landesplanung große Steine in den Weg gelegt. Wir haben diese Hemmnisse in Schleswig-Holstein durch eine Neugestaltung des Landesentwicklungsplanes (LEP) beseitigt. Das wichtigste Ziel der FDP beim neuen LEP war es, planerische Vorgaben sinnvoll vorzunehmen und wirtschaftliches Wachstum zu fördern.

Touristische Entwicklung insgesamt gefördert

Wir haben die Ansiedlung von Gewerbe vereinfacht und den ländlichen Raum gestärkt. Der öffentliche Personennahverkehr wird auch in Zukunft weiter gefördert, damit der Tourismus davon profitieren kann. Der neue Landesentwicklungsplan fördert den Tourismus in Zukunft nicht nur in Schwerpunkträumen, sondern darüber hinaus auch in der breiten Fläche.

Kommunen entscheiden über Wohnungsneubau

Außerdem konnte auf Druck der FDP die Beschränkung des Wohnungsneubaus geändert werden. Die Siedlungsentwicklung wird dadurch in Zukunft auf kommunaler Ebene entschieden und nicht mehr prozentual begrenzt.

FREIHEIT ist, ...

... wirtschaftliches
Wachstum zu fördern.

- Ländlicher Raum gestärkt
- Ansiedlung von Gewerbe vereinfacht
- Siedlungsentwicklung kommunal geregelt



Christopher Vogt, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher



**FREIHEIT ist,
Chancen zu sichern.**

FREIHEIT ist, Chancen zu sichern. Die gute wirtschaftliche Leistung in Schleswig-Holstein beruht zum größten Teil auf der starken Kraft der mittelständischen Wirtschaft. Gut 600.000 Mitarbeiter sind in Schleswig-Holstein in knapp 125.000 Betrieben beschäftigt.

Mittelstandsoffensive setzt Ausbildungsschwerpunkte

Um diesen wichtigen Wirtschaftszweig zu fördern, hat die FDP in der Koalition auf eine Mittelstandsoffensive gedrängt. Gerade der durch den demografischen Wandel entstehende Fachkräftemangel wird eine große Herausforderung für den Mittelstand in Schleswig-Holstein. Deshalb setzt die Mittelstandsoffensive Schwerpunkte, um die Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern zu verbessern, Weiterbildung zu fördern und vorhandene Fachkräftepotenziale auszuschöpfen. Unter Federführung des Arbeitsministeriums wurde das ‚Bündnis für Fachkräfte‘ gestartet. Es ist von herausragender Bedeutung für unseren Arbeitsmarkt.

Kreditversorgung von Unternehmen weiter verbessern

Ein weiterer zentraler Punkt der Mittelstandsoffensive ist die Finanzierung von Unternehmen. Mit Blick auf Basel III muss die Kreditversorgung weiter verbessert werden. Die Landesförderinstitute Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft haben im Rahmen der Mittelstandsoffensive ihre Angebote optimiert, weiterentwickelt und ausgebaut.

FREIHEIT ist, ...

... **Fachkräfte**
zu unterstützen.

- **Potenziale ausschöpfen**
- **Bündnis für Fachkräfte geschmiedet**
- **Angebote optimiert und weiter entwickelt**

Christopher Vogt, MdL
Wirtschaftspolit. Sprecher

„Die Mittelstandsoffensive der Landesregierung ist erfolgreich und muss fortgeführt werden. In den vergangenen Monaten konnten bereits zahlreiche Projekte zur Unterstützung des Mittelstands in Schleswig-Holstein umgesetzt werden.“

FREIHEIT ist, ...

... Recht auf legales
Glücksspiel.

- Modernes Regulierungskonzept geschaffen
- Manipulation und Betrug verhindern
- Regulierte Öffnung des Sportwettenmarktes für seriöse Anbieter



Wolfgang Kubicki, MdL
Fraktionsvorsitzender

FREIHEIT ist, Rahmenbedingungen für einen bislang unkontrollierten Markt zu schaffen. Der Europäische Gerichtshof hatte im September 2010 die im Glücksspielstaatsvertrag enthaltene Begründung des Staatsmonopols für Lotterien und Sportwetten als Eingriff in die Berufs- sowie die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit scharf verurteilt und dem deutschen Gesetzgeber eine widerspruchsfreie und vor allem rechtmäßige Glücksspielpolitik verordnet.

Erstes europarechtskonformes Glücksspielrecht

Aus diesem Grund hat die FDP-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner ein Schleswig-Holsteinisches Glücksspielgesetz erarbeitet, das ein Jahr später, am 14. September 2011, nach zahlreichen Beratungen und einer umfangreichen Anhörung in dritter Lesung vom Parlament verabschiedet wurde. Schleswig-Holstein hat damit als erstes und einziges Bundesland ab dem 1. Januar 2012 ein europarechtskonformes Glücksspielrecht. Online-Poker, Trikot- und Bandenwerbung für Glücksspiel von Sportvereinen, aber auch der Vertrieb von Lotto und Sportwetten über das Internet werden so möglich. Für Schleswig-Holsteins Wirtschaft und seinen Arbeitsmarkt sind gute Impulse zu erwarten. Für den Sport, die Schuldner- und Insolvenzberatung sowie die Suchtprävention werden mehr Mittel bereit stehen.

FREIHEIT ist, Krisen zu bewältigen. Mit der Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Sparkassengesetzes ist es den Sparkassen möglich, ihre Eigenkapitalbasis mit Hilfe eines Partners zu stärken. Dies war unter anderem durch die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen durch Basel II und Mismanagement bei einigen Sparkassen notwendig geworden. Mit dem neuen Gesetz können sich Mitglieder der Sparkassenfamilie an einer anderen Sparkasse beteiligen, dabei sichert der maximal mögliche Anteil von 25,1 Prozent für diese Beteiligung den Einfluss der bisherigen Träger.

Sparkassen sind leistungsfähiger

Zudem trägt das Gesetz auch dem Wunsch einiger Sparkassen Rechnung, durch einen neuen Partner den Kunden frische Ideen und neue Produkte anbieten zu können. Mit dem Gesetz hat die FDP die Stärkung des Erfolgsmodells „Sparkasse“ erreicht. Die Sparkassen leisten einen wichtigen Beitrag für die Kreditversorgung der regionalen, mittelständischen Wirtschaft und sichern damit Arbeitsplätze. Befürchtungen und Ängste, die von einigen Akteuren bei den Kunden und Mitarbeitern geschürt wurden, haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Die Sparkassen sind durch die Novelle leistungsfähiger und sicherer geworden. Sie können ihren Aufgaben besser denn je nachkommen.

FREIHEIT ist, ...

... Krisen
zu bewältigen.

- Eigenkapitalbasis stärken
- Beteiligung von Dritten erlaubt
- Leistungsfähigkeit gesteigert



Katharina Loedige, MdB
Finanzpolitische Sprecherin

FREIHEIT ist, ...

... ohne Schulden
zu leben.

- Schuldenbremse in der Verfassung verankert
- 112 Mio. Euro einsparen
- Schuldenberg abbauen

Katharina Loedige, MdL
Finanzpolitische Sprecherin

„Die Schuldenbremse sichert den Weg zur Haushaltskonsolidierung. Mit ihr machen wir Schleswig-Holstein zukunftsfähig und sorgen dafür, dass künftige Generationen nicht durch immer größere Schuldenberge belastet werden.“

FREIHEIT ist, die kommenden Generationen vor noch mehr Schulden zu bewahren. Die FDP hat sich dafür eingesetzt, dass in der Verfassung Schleswig-Holsteins ein Nettoneuverschuldungsverbot verankert wird. Eine solche Schuldenbremse war längst überfällig und zwingt alle Politiker zur Haushaltsdisziplin. Diese haben vergangene Regierungen leider vermissen lassen und eine nachhaltige Reduzierung der Ausgaben vernachlässigt. Dadurch hat der Anteil der gesamtstaatlichen Verschuldung im Jahr 2010 97 Prozent des schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsproduktes erreicht. Allein die Ausgaben für Zinsen und Versorgungsleistungen machen heute schon ein Drittel der Steuereinnahmen des Landes aus, nämlich 1,9 Mrd. Euro.

Strukturelles Defizit abbauen

Um das strukturelle Defizit abzubauen, stehen wir in Schleswig-Holstein vor großen Herausforderungen. Wir müssen bis zum Jahr 2020 jährlich mindestens 112 Mio. Euro einsparen, um das strukturelle Defizit abzubauen. Ein Ziel, das wir erreichen werden. Wir kämpfen heute mit den Folgen mangelnder Haushaltsdisziplin der Vorgängerregierungen. Die FDP will künftigen Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen, der sie in ihrer Handlungsfähigkeit einschränkt und ihnen die Möglichkeit raubt, eigene, neue Akzente zu setzen.

F
I
N
A
N
Z
E
N

FREIHEIT ist, ohne Schulden zu leben. Die aktuelle Krise in Griechenland ist ein beunruhigendes Beispiel für die Folgen einer Politik „auf Pump“. Die FDP steht für eine seriöse Finanzplanung. Diese schafft Vertrauen, und Vertrauen ist die Bedingung für Investitionen. Schleswig-Holstein hat in den vergangenen zwei Jahren – trotz Finanzkrise und Haushaltskonsolidierung – eine positive Entwicklung genommen. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 16 Jahren. Die Zahl neuer Stellen steigt. Das alles bestärkt uns darin, dass wir mit unseren Maßnahmen richtig liegen. Die Regierung zeigt erstmalig einen belastbaren Weg aus der Neuverschuldung hin zu einem ausgeglichenen Haushalt. Er enthält keine Luftschlösser und bildet kein Wunschdenken ab.



Foto: Sielemann/shutterstock.com

FREIHEIT ist, ...

**... ohne Schulden
zu leben.**

- **Seriöse Finanzplanung**
- **Weg aus der Neuverschuldung**
- **Hin zu einem ausgeglichenen Haushalt**

Katharina Loedige, MdL
Finanzpolitische Sprecherin

„Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 16 Jahren. Die Zahl neuer Stellen steigt. Das alles bestärkt uns darin, dass wir mit unserer Politik richtig liegen.“

FREIHEIT ist, ...

... die Leistungsfähigkeit
der Kommunen
zu erhalten.

- Schuldenstand
gemeinsam senken
- 95 Mio. Euro für finanz-
schwache Kommunen
- Hilfen künftig überflüssig
machen



Günther Hildebrand, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

FREIHEIT ist, kommunale Haushalte krisenfest zu machen. Die Konsolidierung kommunaler Haushalte ist daher ein weiterer Baustein, um Schleswig-Holstein leistungs- und zukunftsfähiger zu machen. Denn nicht nur das Land befindet sich in einer angespannten Haushaltslage. Viele Kommunen in Schleswig-Holstein teilen dieses Schicksal.

Finanzschwache Kommunen gezielt unterstützen

Es gibt Kommunen, die sehr verantwortungsvoll mit ihren Mitteln umgegangen sind. Andere wiederum befinden sich in einer sehr angespannten finanziellen Lage. Die FDP macht sich dafür stark, dass die betroffenen Kommunen bei der Bewältigung ihrer Schulden nicht allein gelassen werden und eine gezielte Unterstützung bekommen, ohne dabei die Kommunen zu belasten, die gut gewirtschaftet haben. Daher setzt sich die FDP für einen Gesetzesentwurf zur Konsolidierung kommunaler Haushalte ein.

Dieser sieht zusätzliche Mittel für finanzschwache Kommunen vor, so dass insgesamt 95 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die Hilfe ist zeitlich begrenzt, und die betroffenen Kommunen müssen im Gegenzug vertraglich zusichern, welche Maßnahmen sie ergreifen wollen, um diese Hilfen künftig überflüssig zu machen. Ob die berechtigten Kommunen diesen Weg beschreiten, ist ihnen überlassen, denn die Teilnahme ist freiwillig.

FREIHEIT ist, in einem demokratischen Gemeinwesen zu leben. Die Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Im Zuge der vertikalen Gewaltenteilung dienen sie der Machtbegrenzung des Staates sowie der Sicherung von Freiheit und Gleichheit.

Grundlegende Kommunalverfassungsreform auf dem Weg

Das Landesverfassungsgericht Schleswig-Holstein hatte im Februar 2010 die bisherige Übertragung von Gemeindeaufgaben auf die Ämter für verfassungswidrig erklärt. Das Urteil war Anlass für eine grundlegende Kommunalverfassungsreform, die bereits im August 2011 in erster Lesung beraten wurde und noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden wird.

Die FDP-Fraktion hat sich in den Vorberatungen insbesondere eingesetzt

- für eine Begrenzung der Aufgabenübertragungskompetenz der Gemeinden an die Ämter.
- für die Beibehaltung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.
- für die Beibehaltung der Regelgröße von Gemeindevertretungen.
- für die Beibehaltung der Mindeststärke der Fraktionen.
- für eine gesetzliche Regelung des Grundmandats für Ortsbeiräte.
- für die grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen aller Ausschüsse.
- für das gerechtere Zählverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers.
- gegen die Einführung von Direktwahlen der Amtsausschüsse.

FREIHEIT ist, ...

... in einer Demokratie
zu leben.

- Regelgröße der Gemeindevertretungen erhalten
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sichern
- Ausschüsse grundsätzlich öffentlich halten

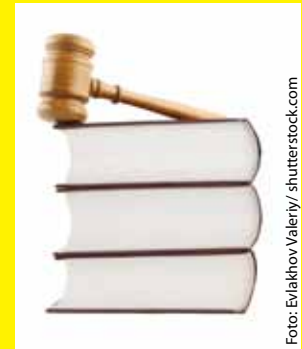


Foto: EvlakhovValery / shutterstock.com

FREIHEIT ist, ...

... in der Mitte der
Gesellschaft zu leben.

- Teilhabe sichern
- Ambulant vor stationär
- Individueller Bedarf
im Mittelpunkt



Anita Klahn, MdL
Sozialpolitische Sprecherin

FREIHEIT ist, in der Mitte der Gesellschaft zu leben. Deshalb hat die Regierungskoalition eine umfassende Reform in der Eingliederungshilfe vorgenommen. Durch die Eingliederungshilfe wird die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben gesichert. Im Landeshaushalt umfasst dieser Titel rund 650 Mio. Euro und ist nach Schuldendienst und Personalkosten der größte Einzelposten.

Passgenaue Hilfe für Betroffene

Für Liberale galt immer das Bekenntnis: Ambulant vor stationär. Bisher war es so, dass alle ambulanten Leistungen von den Kommunen und alle stationären Leistungen vom Land zu finanzieren waren. Das führte zu Fehlanreizen, die dem übergeordneten Ziel einer passgenaueren Hilfe für die Betroffenen entgegenstanden.

Die Koalition hat Abhilfe geschaffen und diese Trennung aufgehoben. Die Verantwortung wurde konsequent bei den Kommunen zusammengeführt. Der individuelle Bedarf jedes Einzelnen wird in den Mittelpunkt gestellt; ein Umsteuern in ambulante Maßnahmen wird möglich.

G
E
S
U
N
D
H
E
I
T

FREIHEIT ist, klare Verhältnisse für dauerhafte Investitionen der Krankenhäuser zu schaffen. Das Land beteiligt sich an den Investitionen für Baumaßnahmen an Krankenhäusern. Im Jahr 2002 hatte Rot-Grün entschieden, die jährlichen Investitionen nicht mehr direkt zu bezahlen, sondern neue Schulden für die Finanzierung der Projekte aufzunehmen und dafür lediglich die Zinsen zu zahlen.

Rot-Grün hat Krankenhausfinanzierung gesprengt

Was kurzfristig den Haushalt entlastete, drohte die Krankenhausfinanzierung langfristig zu sprengen: 2010 lag die Schuldendienstrate bei 32,9 Mio. Euro. Bereits im Jahr 2013 hätte das Land nach diesem Modell eine höhere Summe (51,2 Mio. Euro) für die Zinsen aufbringen müssen, als für die tatsächlichen Investitionen vorgesehen waren (50 Mio. Euro).

Krankenhausfinanzierung langfristig gesichert

Diesem Irrsinn haben wir ein Ende bereitet. Das Land bringt aktuell 40 Mio. Euro für Neuinvestitionen auf. Die gleiche Summe wird bereitgestellt, um die alten Schulden zu bezahlen. Dadurch wird die Krankenhausfinanzierung langfristig gesichert und Planungssicherheit geschaffen.

FREIHEIT ist, ...

... klare Verhältnisse
zu schaffen.

- 40 Mio. Euro Neuinvestitionen
- Alte Schulden bezahlen
- Planungssicherheit geschaffen



Foto: Darren Baker/ shutterstock.com

FREIHEIT ist, ...

... gesund leben
zu können.

- Ausbildung reformiert
- Mehr Ausbildungsplätze
in der Pflege
- Versorgung analysiert



Jens-Uwe Dankert, MdL
Seniorenpolitischer Sprecher

FREIHEIT ist, gesund leben zu können. Die Sicherstellung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung, insbesondere in der Fläche, bleibt eine der dringendsten Zukunftsaufgaben. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, hat die Regierungskoalition verschiedene Maßnahmen ergriffen. So werden die Strukturen für eine zunehmend älter werdende Gesellschaft weiter entwickelt.

Ausbildungsplätze in der Pflege aufgestockt

Trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung wurde die Anzahl der geförderten Ausbildungsplätze im Bereich der Pflege erhöht, die Altenpflegehilfeausbildung wird reformiert und eine Internetplattform „Wege zur Pflege“, die als Wegweiser und Entscheidungshilfe für Pflegeangebote dienen soll, wurde eingerichtet.

Beirat analysiert derzeitige Versorgungslage

Weiterhin wurde vom liberal geführten Gesundheitsministerium der wissenschaftliche Beirat „Gesundheit und Pflege in Schleswig-Holstein“ einberufen. Er soll die aktuelle Versorgungssituation analysieren, Defizite erkennen, Ideen entwickeln und Projektionen für die Zukunft erstellen. Ergebnisse werden noch in dieser Legislaturperiode vorliegen.

FREIHEIT ist, Menschen durch Bildung und Qualifikation ein selbstbestimmtes Leben ohne staatliche Abhängigkeit zu ermöglichen. Der Fachkräftemangel ist die größte arbeitsmarktpolitische Herausforderung der nächsten Jahre.

Bündnis für Fachkräfte geschmiedet

Die FDP hält es daher für vordringlich, dem Fachkräftemangel offensiv mit allen Instrumenten zu begegnen. Auf Einladung von Arbeitsminister Dr. Heiner Garg wurde daher mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, den Kammern sowie der Agentur für Arbeit ein Bündnis für Fachkräfte initiiert.

Die Verbesserung der Startchancen von jungen Menschen sowie die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Menschen, die am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind, stehen dabei im Zentrum.

Perspektiven sichern

Innovative Projekte für Langzeitarbeitslose sowie neue Programme zur Förderung von Menschen mit Behinderung sind aufgelegt, Konzepte zur Reduzierung der Schulabgänger ohne Abschluss werden gefördert. Ein besonderes Augenmerk gilt weiterhin der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

FREIHEIT ist, ...

... Chancen
zu eröffnen.

- Dem Fachkräftemangel begegnen
- Startchancen verbessern
- Projekte fördern

Christopher Vogt, MdL
Arbeitsmarktpolit. Sprecher

„Dem größer werdenden Fachkräftebedarf auf unserem Arbeitsmarkt müssen wir vor allem durch verstärkte Ausbildung und Qualifizierung begegnen. Da ist - wie auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - noch viel Luft nach oben.“

FREIHEIT ist, ...

... gleichberechtigt
zu leben.

- Gleichstellung erreicht
- Benachteiligungen aufgehoben
- Bürgerrechte gestärkt



FREIHEIT ist, unterschiedliche Lebensentwürfe gleichberechtigt zu behandeln. Aus dieser Grundüberzeugung heraus hat die FDP-Landtagsfraktion die Gleichstellung von Homosexuellen weiter vorangetrieben. Neben Ehe und Familie haben sich vielfältige neue, auch gleichgeschlechtliche Verantwortungsgemeinschaften gebildet, in denen Menschen mit und ohne Kinder nach eigenen Regeln und individuellen Wünschen zusammenleben. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, nach seinen eigenen Vorstellungen leben zu können.

Was Vorgängerregierungen unter Beteiligung von Sozialdemokraten und Grünen nicht geschafft haben, wurde durch die bürgerliche Regierung umgesetzt. Für den öffentlichen Dienst wurde die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber gesetzlichen Ehen erreicht.

Benachteiligung aufgehoben

Mit dem Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften wurden die Benachteiligungen bei der Hinterbliebenenversorgung, bei der Berücksichtigung von Pflegezeiten und beim Familienzuschlag aufgehoben. Die Bürgerrechte von Homosexuellen wurden weiter gestärkt. Moderne Gesellschaftspolitik hat ein liberales Gesicht.

FREIHEIT ist Vielfalt. Die FDP sieht im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion in Schleswig-Holstein einen Gewinn. Integrationsfragen werden daher ausführlich, aber auch sensibel diskutiert, Initiativen angestoßen.

„Aktionsplan Integration“

Das liberale Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration hat im Mai 2011 die Residenzpflicht durch eine Änderung der Landesaufnahmeverordnung aufgehoben. Seitdem dürfen sich Asylsuchende während ihres Asylverfahrens frei im gesamten Bundesland bewegen. Derzeit erarbeitet die Landesregierung einen „Aktionsplan Integration“. Damit werden gezielte Schwerpunkte in der Integrationspolitik, wie zum Beispiel frühkindliche und schulische Bildung, berufliche Ausbildung oder Maßnahmen in die Arbeit, gesetzt.

Bundesratsinitiative für Bleiberechtsregelung

Aktuelle Härtefälle haben die Diskussion über das Aufenthaltsrecht beeinflusst. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat im Oktober 2011 dem Vorstoß zu einer Bundesratsinitiative zur Einführung einer Bleiberechtsregelung zugestimmt, um das Problem der Kettenduldungen zu lösen. Mit dem Koalitionspartner konnte sich die FDP-Fraktion auf verbindliche Integrationskriterien verständigen.

FREIHEIT ist ...

... Vielfalt.

- **Residenzpflicht aufgehoben**
- **Bildung als Schwerpunkt der Integration**
- **Feste Integrationskriterien**



Ingrid Brand-Hückstädt, MdL
Integrationspolitische Sprecherin

FREIHEIT ist, ...

... allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim zu wählen.

- Landeswahlgesetz novelliert
- Zweistimmwahlrecht erhalten
- Neues Auszählverfahren

Gerrit Koch, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

„Inbesondere die Änderung des Auszählverfahrens, die bereits im Landtagswahlprogramm der FDP von 2009 verankert ist, ist ein großer Fortschritt gegenüber dem alten Wahlrecht und ein Erfolg, den sich die FDP-Fraktion auf ihre Fahnen schreiben kann.“

FREIHEIT ist, allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim zu wählen. Das Landesverfassungsgericht hatte mit seiner Entscheidung vom 30. August 2010 dem Landesgesetzgeber aufgegeben, bis Ende Mai 2011 das Landeswahlgesetz verfassungskonform zu novellieren. Nur sieben Monate später, am 24. März 2011, ist ein neues Wahlrecht für Schleswig-Holstein verabschiedet worden.

Neues Landeswahlgesetz verabschiedet

Dieses setzt einerseits das verfassungsrechtliche Gebot der Wahlrechtsgleichheit um und trägt andererseits den veränderten politischen Gegebenheiten durch mehr im Landtag vertretene Parteien vor dem Hintergrund zunehmenden Spardrucks im gesamten öffentlichen Bereich Rechnung.

Wahlkreise reduziert - Zweitstimme bleibt

Die FDP konnte hier zentrale Forderungen aus dem Landtagswahlprogramm umsetzen. So wurde die Sollgröße des Parlamentes von 69 Abgeordneten im Landtag aus der Landesverfassung gestrichen, die Zahl der Wahlkreise wurde von 40 auf 35 (bei 34 Listenplätzen) abgesenkt. Die Zweitstimme bleibt auch künftig erhalten, ein Vollaussgleich von Überhangmandaten ist außerdem vorgesehen. Zusätzlich wurde das Auszählverfahren von ehemals d'Hondt auf nun Sainte Laguë/Schepers geändert.

FREIHEIT ist, Sicherheit zu garantieren. Für die FDP ist daher klar: Personalabbau und die Senkung von Personalkosten im öffentlichen Dienst sind nötig, jedoch nicht auf Kosten der inneren Sicherheit.

Verlässliches Beförderungssystem

Deshalb sorgt die Regierungskoalition trotz der strengen Konsolidierungsvorgaben des neuen Doppelhaushalts für die Jahre 2011 und 2012 beim aktiven Polizeipersonal für Leistungsanreize und Motivation. Dazu wurde ein Personalkonzept entwickelt, das insbesondere den Beamtinnen und Beamten im operativen Dienst durch ein verlässliches Beförderungssystem Perspektiven eröffnet und eine aufgabengerechte Entlohnung vorsieht.

Beförderungstau abgebaut

Auf Drängen der FDP ist es gelungen, im Rahmen der erzielten Einspareffekte aus der Verlängerung der Lebensarbeitszeit endlich den Beförderungstau bei der Landespolizei abzubauen. Am 15. Dezember 2010 beschloss der Schleswig-Holsteinische Landtag das Haushaltsgesetz 2011/2012, womit zusätzliche Beförderungen möglich wurden. So konnten am 1. Januar 2011 insgesamt 637 Polizeibeamtinnen und -beamte befördert werden. Ein Erfolg, den die FDP für sich verbuchen kann.

FREIHEIT ist, ...

... Sicherheit
zu geben.

- Neues Personalkonzept
- Aufgabengerechte Entlohnung
- Zusätzliche Beförderungen



Gerrit Koch, MdL
Innenpolitischer Sprecher

FREIHEIT ist,

Raum für eigene Ideen zu haben.



FREIHEIT ist weniger Bürokratie. Die schwarz-gelbe Koalition hat in Schleswig-Holstein zu Beginn der Legislaturperiode das Landesnaturschutzgesetz novelliert.

Das Gesetz wurde entbürokratisiert und an das Bundesnaturschutzgesetz angepasst. Die Koalition hat in einigen Punkten auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gesonderte Regelungen für Schleswig-Holstein zu treffen. Ein Beispiel dafür ist der veränderte Zeitrahmen für den Gehölzschnitt, das heißt das Auf-den-Stock-Setzen der Knicks. Hier bietet das Landesnaturschutzgesetz die Möglichkeit, den Schnitt bis zum 15. März durchzuführen. Nach Bundesrecht müsste dies bis zum 1. März eines Jahres erfolgen.

Ausgleichsregelung getroffen

Ein weiterer zentraler Punkt der Novelle ist die Neuregelung des Ausgleichs von Eingriffen in die Natur und Landschaft. Es ist jetzt möglich, dass vor der Unterschutzstellung neuer Flächen als Ausgleichsfläche (beispielsweise für eine Maßnahme im Straßenbau) auch eine ökologische Aufwertung bereits geschützter Bereiche herangezogen werden kann. Des Weiteren wurden das Landeswassergesetz, das Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und das Landesfischereigesetz novelliert.

FREIHEIT ist, ...

... mehr Raum
zu geben.

- **Schnittfristen verlängert**
- **Gesetz entbürokratisiert**
- **Ausgleichsregelung vereinbart**



Carsten-Peter Brodersen, MdL
Umweltpolitischer Sprecher

FREIHEIT ist, ...

...Ökologie und Ökonomie
in Einklang zu bringen.

- Ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt
- „Wald auf Zeit“ möglich
- Reitwegenetz verbessert



Günther Hildebrand, MdL
Forstpolitischer Sprecher

FREIHEIT ist, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen. Das novellierte Landeswaldgesetz berücksichtigt ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte gleichermaßen. Das rot-grüne Gesetz von 2004 und die Novellierung aus dem Jahr 2007 sind diesen Ansprüchen nicht gerecht geworden. Jetzt werden ökologische Gesichtspunkte eingehalten und die wirtschaftliche Bedeutung des Privatwaldes, des Körperschaftswaldes und des Landeswaldes wird wieder anerkannt.

„Wald auf Zeit“ kommt

Ein von der FDP schon seit Jahren geforderter „Wald auf Zeit“ hat nun endlich Einzug in das Gesetz gefunden. Damit kann auf einer durch die Bauleitplanung für Bebauung vorgesehenen Fläche vorübergehend Wald entstehen. Diese Fläche muss in Zukunft nicht mehr „schwarz“ gehalten werden, um eine spätere Bebauung nicht zu gefährden.

Ausweitung des Reitwegenetzes vorgesehen

Darüber hinaus haben wir den Bereich der „guten fachlichen Praxis“ stark verschlankt und an das Bundeswaldgesetz angepasst. Damit kann auf die individuelle Situation vor Ort besser eingegangen werden. Außerdem wird es in Zukunft eine Verbesserung für den Reitsport in Schleswig-Holstein geben, indem das Gesetz eine Ausweitung und Vernetzung des vorhandenen Reitwegenetzes vorsieht.



Ingrid Brand-Hückstädt, MdL
Medien, Innen und Recht



Carsten-Peter Brodersen, MdL
Umwelt, Minderheiten



Cornelia Conrad, MdL
Bildung



Jens-Uwe Dankert, MdL
Petitionen, Europa, Nieder-
deutsch, Senioren, Kirche



Kirstin Funke, MdL
Kultur, Europa, Gleichstellung
und Frauen, Wissenschaft

Die 14 Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion



Dr. Heiner Garg, MdL
Stellv. Ministerpräsident, Minister für
Arbeit, Soziales u. Gesundheit



Günther Hildebrand, MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Agrar, Kommunen



Anita Klahn, MdL
Vizepräsidentin des Landtages
Soziales und Gesundheit



Dr. Ekkehard Klug, MdL
Minister für Bildung
und Kultur



Gerrit Koch, MdL
Innen und Recht



Katharina Loedige, MdL
Parl. Geschäftsführerin
Finanzen



Wolfgang Kubicki, MdL
Fraktionsvorsitzender



Oliver Kumbartzky, MdL
Tourismus, Energie u. Verkehr



Christopher Vogt, MdL
Wirtschaft, Arbeitsmarkt
und Jugend







FREIHEIT ist
die Basis unseres Handelns.



Impressum

Herausgeber

FDP-Landesverband
Schleswig-Holstein
Eichhofstraße 27-29
24116 Kiel

Tel.: 0431/ 53 59 30

Fax: 0431/ 53 59 320

Mail: landesverband@fdp-sh.de

www.fdp-sh.de

Redaktion

Susann Wilke (V.i.S.d.P.)

Fotos

PhotoAtelier Heike Tollgreve

Neumünster